



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 21-23  
Fernschreiber 039 890

CD/X/19 - 5. 10. 1955

## O S T - D I E N S T

### Hinweise auf den Inhalt:

Zum 6. Jahrestag der Zonenrepublik	Seite	1
Neue Aufweichungskampagne angelaufen	Seite	3
Das neue Schulungsjahr und die SED-Thesen	Seite	5
Infiltration - diesmal "fromm"	Seite	7

### Sechs Jahre danach

CD. Vor sechs Jahren, am 7. Oktober 1949, wurde in Berlin-Pankow von den Sowjets die sogenannte "Deutsche Demokratische Republik" geschaffen. Mit diesem, der deutschen Bevölkerung aufgezwungenen Pseudostaat, sollte die Macht der Pankower SED-Funktionäre gefestigt und eine Basis für die kommunistische Durchdringung Westdeutschlands und Westberlins errichtet werden. Aber alle kommunistischen Erwartungen, mit Hilfe dieses Gebildes größeren Einfluß auf die deutsche Bevölkerung zu bekommen und in der internationalen Behandlung der deutschen Frage Voraussetzungen für eine "Wiedervereinigung" unter kommunistischen Vorzeichen zu schaffen, erwiesen sich bis jetzt als glatte Fehlspekulationen.

Schon damals erklärte Dr. Kurt SCHEUMACHER: "Die Verhinderung der deutschen Einheit kann dieses Provisorium im Osten nicht bedeuten, weil das deutsche Volk und besonders die Bevölkerung der Sowjetzone dieses Gebilde russischer Machtpolitik auf deutschen Boden ablehnt."

SPD-Pressedienst  
02/X/19

5. 10. 1955

An der ablehnenden Haltung der mitteldeutschen Bevölkerung gegenüber dem SED-Staat hat sich in den vergangenen sechs Jahren nichts geändert. In Gegenteil, sie hat sich durch die Erfahrungen dieser Jahre noch vertieft.

Kaum vier Jahre nach der Konstituierung der DDR erfolgte eine Manifestation der Bevölkerung der Sowjetzone gegen den SED-Staat, die allen Berufungen des Regimes auf den angeblichen Volkswillen in aller Öffentlichkeit den Boden entzog und die Welt aufrüttelte. Der Juniaufstand 1953 brachte die Kulisse der Pankower "Staatsmacht" zum Einsturz und enthüllte deren einzige Existenzgrundlage: Die Panzer der Besatzungsmacht. Vom volksfeindlichen und terroristischen Charakter des SED-Staates zeugt auch die permanente Massenflucht seiner Bewohner in den freien Teil Deutschlands. Seit dem Gründungsjahr der DDR, also seit 1949, sind rund 2,7 Millionen Menschen aus der Sowjetzone geflüchtet. Arbeiter, Bauern, Jugendliche, werktätige Menschen vor allem. Die Sowjetzone hatte einmal 19 Millionen Einwohner, der SED-Staat zählt heute nur noch rund 16 Millionen.

Am Anfang aller Vorbereitungen für die Konstituierung und den Ausbau des SED-Staates standen seit 1945 der Terror und die Täuschung. Der erste Schritt war das faktische Verbot der Sozialdemokratischen Partei. Mit "Zentralverwaltungen" und der späteren "Deutscher Wirtschaftskommission", nichts anderes als Hilfsorgane der Besatzungsbehörden, begann der organisatorische Aufbau des sowjetzonalen Staatsapparates. Durch Säuberungsaktionen wurden die Kader auf Linie gebracht. Als "demokratische" Kulisse wurden "Volkskongresse" und der "Deutsche Volksrat" konstituiert, die sich ausschließlich aus bereits weitgehend gesiebten Funktionären zusammensetzten.

Im Oktober 1949 taufte die Pankower Machthaber den "Deutschen Volksrat" in "Provisorische Volkskammer" um und verkündeten vor diesem Gremium die Bildung einer "Provisorischen Regierung" und die Gründung der DDR. In keinem Stadium der Vorbereitungen und der Konstituierung gab es freie Wahlen, und erst recht nicht danach. Was die SED-Propaganda als "Staatsmacht der Arbeiter und Bauern" bezeichnet, ist nichts

CPD-PresseDienst  
CD/X/19

5. 10. 1955

anderes als der Machtapparat des SED-ZK. Dieses Regime kann sich keinen freien Wahlen stellen, weil es seiner vernichtenden Niederlage gewiß ist.

Mit dem 6. Jahrestag der DDR nähert sich auch die Laufzeit des ersten sowjetzonalen Fünfjahrplanes ihrem Ende. Er sollte angeblich einen höheren Lebensstandard und eine größere Warenfülle als 1936 bringen. Aber es gibt noch immer Lebensmittelkarten und der Mangel an verschiedenen Grundnahrungsmitteln ist im letzten Jahr des Fünfjahrplanes größer als zu Beginn. Die DDR ist nicht nur ein Staat der Unfreiheit, sondern auch des Mangels und des dürftigen Lebens. Die Menschen in der Sowjetzone wünschen nichts sehnlicher als sein Ende.

Der freie Teil Deutschlands handelt nach dem Willen der vom SED-Staat unterdrückten mitteldeutschen Bevölkerung, wenn er die durch die kommunistische Status-quo-Propaganda geforderte Anerkennung des Pankower Regimes und seiner DDR ablehnt.

+ + +

#### Die Infiltration macht sich marachöerit

OD. Walter ULBRICHT, heute noch immer treuester und strammster Apparatchik der KPdSU auf deutschem Boden, äußerte sich kürzlich über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau. Im Kreise vertrautester ZK-Mitarbeiter meinte er wörtlich:

"In Westdeutschland wird man sich in einiger Zeit wundern, wie nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen unsere politische, wirtschaftliche und sonstige Aktivität verestärkt wird."

Nach Meinung des SED-Chefs sind diese diplomatischen Beziehungen also die Bresche in der Mauer, durch die man ein möglicherweise noch größeres trojanisches Pferd einschleppen kann, wie es weiland der schlaue Odysseus tat.

Jeder Verantwortliche in der Bundesrepublik wird aber - und darin unterscheiden wir uns von den Trojanern - wissen, was mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen auf uns zukommt, und die Begleiterscheinungen, die ULBRICHT androhte, sind uns in kleinerem Maße auch schon

SPD-Pressedienst  
SD/X/19

5. 10. 1955

aus den bisherigen Erfahrungen hinreichend bekannt. Die Sowjets selbst müssen sich durch unsere Haltung davon überzeugen, daß es durch diplomatische Beziehungen mit "Augenzwinkern", also durch den Mißbrauch solcher Beziehungen, wie er offenbar in großem Umfang geplant ist, kein Vorankommen in irgendeiner Frage geben kann und geben wird. Beziehungen, die zum Erfolg, zu Entspannung und Sicherheit führen sollen, setzen nun einmal Sauberkeit voraus, eine Sauberkeit, von der man in Pankow so ganz und gar nichts wissen will.

Der verstärkte Infiltrationsfeldzug, der mit der Etablierung einer Bonner Sowjetbotschaft seinen Höhepunkt finden soll, ist bereits angelaufen und schlägt seine Wogen. Er richtet sich gegen alle Parteien und Organisationen der Bundesrepublik, über die sich die Pankower Infiltratoren die Erringung irgendwelcher Positionen versprechen. Denken wir nur an die Unterwanderung der Soldatenbünde, an Gründungen vom Schläge der "General-von-Seockt-Gesellschaft" unter Führung des SA-Generals WAGNER, an die diversen militärpolitischen Kreise der ehemaligen SS-Führer MEHRING und EBERSCHT in Süddeutschland und andere Gruppen, die zum Sammeln gegen die demokratische Grundordnung blasen, so haben wir einen Sektor dieses unterirdischen Krieges vor uns. Oder aber erinnern wir uns der Enthüllungen des ausgestiegenen Infiltrators STEIDL, dessen Material über sowjetische Schmiergelder an westdeutsche Zeitungen einen anderen Frontabschnitt dieser Auseinandersetzung mit dem Kommunismus beleuchtete. Die "Rheinisch-Westfälischen Nachrichten" waren nur ein Blatt von vielen, die in diesem Zusammenhang genannt worden sind.

Auch gegen die Sozialdemokratie richten sich solche Tiefschläge aus Pankow. Erst jetzt wieder hat das kommunistische Zentralorgan "Neues Deutschland" - nachdem die Manöver mit angeblichen "gesamtdeutschen" Arbeiterkonferenzen in Leipzig durchscheitert und geplatzt waren - ein neues Kuckucksei ausgehütet. Es berichtet unter großer Aufmachung von einem sagenhaften "Arbeitskreis zur Neuorientierung der SPD", der sich angeblich in Kassel konstituiert haben soll. Das "Dokument", das als Geburtsurkunde dieser seltsamen Einrichtung ausgegeben wird, wirft unter Verdrehung sozialdemokratischer Beschlüsse und Forderungen die Frage auf, wie man die Sozialdemokratische Partei ins SED-Fahrwasser bringen könnte. "Außerparlamentarische" Krawalle sollen von der Partei ver-

SPD-Pressedienst  
62/X/19

5. 10. 1955

gestaltet werden, und schließlich soll die SPD ihre Grundforderung ver-  
lassen und nicht mehr freie Wahlen als Weg zur Wiedervereinigung be-  
trachten. An Stelle dessen soll den "wirtschaftlichen und sozialen  
Verhältnissen in der DDR" voll Rechnung getragen werden.

Natürlich erkennt jeder Klarsichtige, daß dieses Dokument nicht von  
irgendwelchen "Sozialdemokraten" ausgefertigt wurde, denn jede Formu-  
lierung verrät die Werkstatt, die Westabteilung des ZK der SED. Es  
waren auch nicht "Sozialdemokraten", die sich in Kassel zusammensetz-  
ten, um die Zirkulation dieses Pamphlets zu organisieren, sondern  
kommunistische Untergründer, die sich im Rahmen der neuen Infiltra-  
tionsrichtlinien die Toga von Sozialdemokraten übergezogen hatten.  
Wenn dieser Versuch auch zu plump war, um irgendwelche Wirkungen zeit-  
igen zu können, so meint er doch zur Wecksamkeit. Hier machen neue  
Marschbataillone der Infiltration ihre ersten Gehversuche. Wenn wir  
heute nicht diese plumpen ersten Schritte genau studieren, wird es  
morgen schwerer fallen, die Dunkelkammer zu erkennen - denn morgen  
werden sie nicht mehr **taumeln**, sondern einen festen Gang haben.

Der Sozialdemokratie braucht dabei um das Morgen nicht Dange zu sein.  
Sie hat nämlich wiederholt bewiesen, daß sie mit den Unterwanderern  
kurz und hart aufräumen kann. Von vielen anderen Kräften des politi-  
schen Lebens in der Bundesrepublik kann man das bis heute nicht be-  
haupten, leider nicht. Und da tut die **Wachsamkeit** doppelt not!

+ + +

### Propaganda und Wirklichkeit

DD. In der Sowjetzone hat ein neues Schulungsjahr der SED begonnen.  
Zum sechsten Mal hat das ZK der SED die Mitglieder auf die Parteschul-  
banke gerufen. Trotz der Kritik des vergangenen Jahres, daß man die  
Schulungen lebensnäher und glaubhafter gestalten muß, damit sie die  
Mitglieder ansprechen, ist nicht viel Neues zu dem alten Aufgab hin-  
zugekommen. Auch diesmal wird versucht, den nationalen Appell mit der  
leninistischen Theorie zu verbrämen, um auf dieser Basis das ramponier-  
te Ansehen der SED wiederherzustellen. Der Pfad zwischen den scharf-  
macherischen Schulungsthesen ULBRICHIS und der sowjetischen Entsam-  
lungstaktik wird sich für viele Propagandisten als recht schmal er-

SPD-Pressedienst  
OB/X/19

5. 10. 1955

weisen. Die nachdenklichen Gesichter in der Versammlung, in der vom SED-Vorsitzenden von Ostberlin, Alfried NEULANN, das neue Schulungsjahr eröffnet und die neuen Erkenntnisse verkündet wurden, sahen recht skeptisch und ungläubig aus.

Noch nie hat ein Schulungsjahr mit derartiger Schwierigkeiten begonnen: Die politische und wirtschaftliche Situation in der Zone hat sich verschärft. Das selbst von der Parteimitgliedschaft als provisorisch empfundene Staatsgebilde der Sowjetzone soll "durch ein fortschrittliches Staatsbewußtsein unterbaut" werden; die "Stärkung und Konsolidierung der Staatsmacht in der DDR auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet" wurde besonders betont, gleichzeitig aber das sowjetische Interesse an der "Wiedervereinigung" unterstrichen. Während man die sowjetische Erklärung zur Kenntnis nehmen mußte, daß ein wiedervereinigtes Deutschland nicht den "Errungenschaften" der Zone entsprechender könne, wird jedoch gleichzeitig die Zone zum "Vaterland aller Werktätigen" erklärt und die sogenannten "Errungenschaften" als unverzichtbar bezeichnet.

Die Agitatoren der SED stehen fürwahr vor einer unlösbaren Aufgabe. Die für alle Menschen der Sowjetzone jeden Tag von neuen greifbare Diskrepanz zwischen der permanenten Misere und dem vorgegaukelten Bild der SED-Propaganda kann durch keine noch so geschickt aufgezeichnete Phrasen hinwegdiskutiert werden. Die Sprache der Tatsachen ist sehr hartnäckig und nichts ist verblüffender als die reine Wahrheit.

Daran scheiterte bereits in den vergangenen Jahren die SED-Propaganda, und sie wird auch in der Zukunft an der einmütigen Ablehnung des Regimes durch die Bevölkerung der Zone nichts ändern können. - Und trotzdem steht im Leitartikel des "Neuen Deutschland" zur Eröffnung des Lehrjahres der Satz:

"Der Marxismus-Leninismus vermittelt die Überzeugung, daß der Sieg der Kräfte des Friedens und der Demokratie in ganz Deutschland nicht aufzuhalten ist."

Das glaubt ULBRICHT wirklich ...

+ + +

Ex oriente ...

OD. Politische Menschen der Bundesrepublik erhalten in letzter Zeit - ob sie das nun wollen oder nicht - einen Pressedienst ins Haus geschickt, der zumindest den Vorteil hat, daß er billig ist und nichts kostet. UPD (Union-Pressedienst) ist sein klangvoller Name, und in jeder Nummer kann man in irgendeiner Variation lesen: "Ex oriente lux" oder "Ex oriente pax". Diese Sätze, die nicht etwa die geschickte Reklame einiger Zigarettenfirmen sind (die "Lux" kommt nur zum Teil aus dem Orient), werden im folgenden Text mit christlichen Zitaten gewürzt und sollen den Eindruck vermitteln, daß UPD zumindestens direkt vom Himmel subventioniert wird und der geneigte Leser der Seligkeit ein Stück näher rückt.

Da wird dem Bund Katholischer Jugend ein Artikel gewidmet, von Erstkommunion, Firmung und Priesterweihe erzählt, ein anderes Bildchen zeigt einen orthodoxen Popen mit Abendmahlkelch, es gibt Dome und Prediger in reicher Auswahl. Aber - "Ex oriente lux" - aus dem Osten kommt das Licht, das den Herausgebern leuchtet.

Eingepackt in solch fromme Sachen wird offene Propaganda für den Kommunismus, für die sowjetische Lebensweise, für die sogenannte "Deutsche Demokratische Republik" gemacht. Daß man selbst in der Septembernummer noch nicht glaubt, auf die Wiedergabe westdeutscher Reiseberichte aus fernen Moskau Tagen verzichten zu können (ZHRER: "Die Welt"; SOBZAK: "Deutsche Presseagentur"; KEMPSKI: "Süddeutsche Zeitung" usw.) zeigt noch nachträglich mit aller Deutlichkeit, wie sehr wir uns damals mit eigener Hand aufs Auge boxten. UPD ist kostenlos so freundlich, auch in diese alten Wunden Senf zu streichen.

Wenn man sich entsprechend bemüht, findet man auf den 34 Seiten auch den Verantwortlichen für das Ganze: Es ist die Ost-CDU in Berlin W 8, die auftragsgemäß ihr Scherflein zur Infiltration der Bundesrepublik beiträgt. Daß sie ihre Ex-Oriente-Politik in Weihrauch und Scheinreligiosität einpackt, sollte man ihr nicht einmal all zu übel nehmen: Der Bundesbürger ist das inzwischen (ex occidente) gewöhnt und es wird manchen geben, der auf diese traute Gewohnheit nicht verzichten möchte. Hier jedenfalls ist eine gewisse Annäherung von Ost und West deutlich abzulesen - im gemeinsamen (unfrommen) Brauch. Oder sollte man besser Mißbrauch sagen?

+ + +